



# Generalversammlung

Verteilung: Allgemein

## Anlage

---

### **Bericht des Amtes für interne Aufsichtsdienste**

für den Zeitraum  
vom 1. Juli 1998  
bis zum 30. Juni 1999

---

## Inhalt

	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
<b>Vorwort</b> des Untergeneralsekretärs für interne Aufsichtsdienste .....		7
<b>I. Allgemeine Leitung des Amtes für interne Aufsichtsdienste</b> .....	1-13	11
A. Einführung .....	1-3	11
B. Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen des Amtes für interne Aufsichtsdienste .....	4-9	11
C. Verbesserung der internen Aufsicht bei den operativen Fonds und Programmen....	10-12	12
D. Prioritäten.....	13	13
<i>Kästen:</i>		

D. Probleme bei der Schaffung neuer Organe.....	69-72	27
1. Internationale Gerichte.....	69-71	27
2. Sekretariat des Basler Übereinkommens.....	72	27
E. Personalmanagement.....	73-80	28

---

## Vorwort

des Untergeneralsekretärs für interne Aufsichtsdienste

Dies ist der letzte von mir unterzeichnete Jahresbericht, da meine fünfjährige Amtszeit im November 1999 kurz nach der Veröffentlichung dieses Dokuments zu Ende geht.

Dieser Umstand, daß ich nämlich eine von Anfang an feststehende Amtszeit ableiste, die nicht verlängert und erneuert werden kann, war – neben der Freiheit, die Aufsichtsgegenstände auszuwählen, und der Möglichkeit, meine Berichte über den Generalsekretär an die Generalversammlung zu richten – ein wesentliches Element meiner Unabhängigkeit.

Die Unabhängigkeit dieses Amtes ist sein wichtigstes und unverzichtbarstes Kapital. Ich darf mit Stolz sagen, daß diese Unabhängigkeit während meiner Amtszeit nie kompromittiert wurde. Ich habe die uneingeschränkte Unterstützung beider Generalsekretäre genossen, unter denen ich gedient habe.

Das Amt für interne Aufsichtsdienste (AIAD) hat es in den letzten Jahren weit gebracht. Nur wer die Vereinten Nationen von innen kennt, kann voll ermessen, welche komplexe Aufgabe es ist, in einer internationalen, multikulturellen Bürokratie, die fast fünf Jahrzehnte lang nicht an diese Art von Durchleuchtung gewöhnt war, einen wirksamen internen Aufsichtsmechanismus aufzubauen.

Anfangs gab es, was das Amt betraf, große Befürchtungen, Zweifel und falsche Vorstellungen, die sich hartnäckig hielten; ich mußte schon früh eine Vertrauensbildungskampagne führen, um unseren verschiedenen Bedarfsträgern, Interessenten und Klienten klar zu machen, daß diesem Amt daran gelegen ist, mit der Leitung partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und nicht als ihr Feind aufzutreten, proaktiv statt detektivisch vorzugehen, Effizienz und Effektivität zu fördern anstatt Sanktionen anzustreben. Ich glaube, daß meine grundlegenden Aussagen über die Mission des AIAD inzwischen verstanden werden. Zwar wird wohl auch in Zukunft versucht werden, unsere Arbeit anzugreifen und in Mißkredit zu bringen, indem ihre Professionalität in Frage gestellt oder uns "verborgene Absichten"

unterstellt werden – und wir dürfen solche Vorwürfe nicht einfach ignorieren, sondern müssen sie durchaus ernst nehmen –, doch sehen immer mehr Führungskräfte in unserer Aufsichtstätigkeit eine Gelegenheit, ihre eigenen Arbeitsmethoden zu überdenken, oder eine Art von Bestätigung ihrer Leistungen. Immer häufiger wird das AIAD aktiv um Rat gebeten. Auch die stetige Zunahme der Umsetzungsquote der etwa 6.000 Einzelempfehlungen, die das AIAD bisher abgegeben hat, beweist, daß dieses Amt in den Vereinten Nationen zu einem Motor des Wandels geworden ist, insbesondere in den Bereichen, in denen die internen Kontrollen verstärkt und die Leistungen auf dem Gebiet des Managements verbessert wurden.

Darüber hinaus ist das AIAD als ein unabhängiger und umfassender interner Aufsichtsmechanismus zu einem Katalysator geworden, der dafür sorgt, daß ähnlichen Aufgaben im gesamten System der Vereinten Nationen vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt wird und daß sie gestärkt werden. Eine Reihe von Sonderorganisationen und gesondert verwalteten Fonds und Programmen haben ihre eigenen Aufsichtsstellen nach dem Vorbild des AIAD-Konzepts ausgebaut und holen nach wie vor unseren Rat ein. Auf dem diesjährigen Treffen der Vertreter der internen Revisionsdienste der Organisationen der Vereinten Nationen und der multilateralen Institutionen in Paris wurde die systemweite Vorreiterrolle des AIAD ausdrücklich anerkannt.

Das AIAD hat die unmittelbaren Dienste, die es Fonds und Programmen gewährt, an mehreren Fronten verstärkt. Die Vereinbarung von 1996 über die Erbringung von Innenrevisionsdiensten des AIAD für das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) wurde gemeinsam mit dem UNHCR in Anbetracht der wachsenden Bedeutung der Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge in der ganzen Welt und der sich daraus ergebenden Anforderungen an die Aufsicht überprüft und aktualisiert, so daß die Prüfungssektion AIAD/UNHCR mit mehreren residierenden Prüfern gestärkt und mehr auf das Feld ausgerichtet wurde. Was die

in einer Reihe von Friedenssicherungsmissionen als nützlich erwiesen. Mittlerweile wurde diese Praxis auch auf das Irak-Programm und in jüngerer Zeit auf die Osttimor- und die Kosovo-Mission ausgedehnt.

Die Fälle, mit denen sich die Sektion Disziplinaruntersuchungen sowohl im Sekretariat als auch im Namen von Fonds und Programmen befaßt, nehmen zahlenmäßig weiter zu und werden immer komplexer. Vor allem Fälle, die in mehreren Gastländern der Vereinten Nationen zu Gerichtsverfahren führen, erfordern die zeitraubende und intensive Mitarbeit der Ermittler des AIAD. Diese Sektion verzeichnet nach wie vor einen sehr hohen Arbeitsanfall – ein klares Zeichen dafür, daß jede größere öffentliche Bürokratie eine professionelle Untersuchungsfunktion benötigt.

Die Berichte, die das AIAD der Generalversammlung in den letzten 12 Monaten übermittelt hat, wurden auch diesmal wieder von den Mitgliedstaaten, den Delegationen und der allgemeinen Öffentlichkeit mit Interesse registriert. Darüber hinaus erhielt ich zahlreiche Besuche von Parlamentariern und anderen hochrangigen Vertretern von Mitgliedstaaten, die sich über die Aufgaben und die Tätigkeit des AIAD informieren wollten und mit denen ich einen anregenden und nützlichen Dialog über Aufsichtsfragen führen konnte.

Auch in diesem Berichtsjahr kam es wieder zu einer fruchtbaren und regelmäßigen Zusammenarbeit und Koordination mit dem externen Rat der Rechnungsprüfer und der Gemeinsamen Inspektionsgruppe, was zeigt, daß nicht nur Doppelarbeit und Überlappungen vermieden werden konnten, sondern daß der Austausch von Informationen und Ergebnissen auch zu Synergieeffekten zwischen den verschiedenen Aufsichtsorganen führen konnte.

Ich bin überzeugt, daß ich bei meinem Ausscheiden aus der Organisation Mitte November 1999 meinem Nachfolger ein gut funktionierendes Amt für interne Aufsichtsdienste übergeben kann, das seine Aufgabe und seinen Platz in der neuen Managementkultur der Vereinten Nationen gefunden hat.

Ich bin meinen Mitarbeitern zu Dank verpflichtet, die den Erfolg des AIAD möglich gemacht haben und deren Einsatzbereitschaft und Professionalität ich während meiner Amtszeit hier zu schätzen gelernt habe.

Das Gefühl, zur Verbesserung der von den Vereinten Nationen geleisteten Arbeit beigetragen zu haben, wird nur dadurch etwas getrübt, daß es mir offenbar nicht gelungen ist, die Vorbehalte zu überwinden, die mehrere Mitgliedstaaten dem neuen Amt und seiner Tätigkeit

Abgesehen von diesen Managementherausforderungen haben mir während meiner gesamten Amtszeit einige allgemeinere Phänomene Sorge bereitet, die nach wie vor die tagtäglichen Bemühungen der Organisation erschweren:

Die Beziehungen zwischen dem Personal und der Lei-



# I

---

## Allgemeine Leitung des Amtes für interne Aufsichtsdienste

### A. Einführung

1. Mit ihrer Resolution 48/218 B vom 29. Juli 1994 schuf die Generalversammlung das Amt für interne Aufsichtsdienste (AIAD) mit der Absicht, in Anbetracht der zunehmenden Bedeutung, Kosten und Komplexität der Tätigkeiten der Organisation die Aufsichtsfunktionen innerhalb der Ver-

h) Höhe der empfohlenen Kosteneinsparungen und beigetriebenen Beträge: siehe den Kasten nach Ziffer 13.

5. Gemäß seinem Auftrag berichtet das Amt dem Generalsekretär halbjährlich über den Stand der Umsetzung seiner Empfehlungen. Seit dem letzten Jahresbericht wurden dem Generalsekretär zwei solche Berichte vorgelegt, die den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 1998 bzw. vom 1. Januar bis 30. Juni 1999 behandeln. Ein computergestütztes Überwachungssystem verfolgt die Umsetzung der Empfehlungen des AIAD. Ein starker Schwerpunkt des Amtes liegt nach wie vor darin, daß es großen Wert auf die uneingeschränkte Umsetzung seiner Prüfungs-, Inspektions-, Evaluierungs- und Disziplinarempfehlungen legt, was einen ständigen Dialog zwischen dem AIAD und seinen Klienten zur Folge hat. Auf die endgültige Abfassung der Empfehlungen wird mehr Energie aufgewandt, um sicherzustellen, daß sie von hoher Qualität und für die Leitung von Nutzen sind, was sich wiederum auf ihre Umsetzung auswirkt.

6. Die Überwachung der Empfehlungen des AIAD ist wichtig für a) ihre Befolgung, b) die Feststellung der Wirkung des AIAD auf die Organisation und c) die strategische Planung der künftigen Aufsichtstätigkeit des Amtes. In seinem neunten und zehnten halbjährlichen Bericht an den Generalsekretär hat das AIAD damit begonnen zu analysieren, welche Auswirkungen seine Empfehlungen in den einzelnen Hauptabteilungen, die seine Klienten sind, auf die verschiedenen Tätigkeitsbereiche gehabt haben. Mit Hilfe der Überprüfung der Zahl der in den halbjährlichen Berichten an den Generalsekretär abgegebenen Empfehlungen für jeden Tätigkeitsbereich und des Standes ihrer Umsetzung durch jeden der vier Hauptadressaten konnte eine nützliche Zusammenfassung erstellt werden. Diese neue Methode der Berichterstattung über die Empfehlungen des AIAD und deren Umsetzung stieß beim Exekutivbüro des Generalsekretärs auf ein positives Echo.

7. In dem Zeitraum vom 1. Oktober 1994, dem Zeitpunkt der Schaffung des AIAD, bis zum 30. Juni 1999 lieferte die Abteilung Innenrevision analytische Daten für vier Hauptklienten: die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, die Hauptabteilung Management, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten. Die für diese vier Klienten vorgelegten Berichte machten fast 50 Prozent der Empfehlungen des AIAD aus. Im laufenden Berichtszeitraum war die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze mit etwa 18 Prozent der Empfehlungen des AIAD wieder der

größte Empfänger von Prüfungsempfehlungen. Auf das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen entfielen 13 Prozent aller Empfehlungen im selben Berichtszeitraum, wohingegen auf die Hauptabteilung Management und das UNEP je etwa 11 Prozent der Empfehlungen entfielen.

8. Vom 1. Oktober 1994 bis 30. Juni 1999 legte das AIAD der Leitung der Vereinten Nationen insgesamt 6.675 Empfehlungen vor. Die Umsetzungsquoten waren wie folgt: Im Prüfungsbereich wurden 6.201 Empfehlungen abgegeben, von denen 72 Prozent umgesetzt wurden; die Sektion Disziplinaruntersuchungen gab 324 Empfehlungen ab, von denen 85 Prozent umgesetzt wurden, und die Gruppe Zentrale Überwachung und Inspektion gab 150 Empfehlungen ab, von denen 82 Prozent umgesetzt wurden. Die von der Gruppe Zentrale Evaluierung abgegebenen Empfehlungen richten sich an die Mitgliedstaaten und werden auf andere Art überwacht, wobei die Berichterstattung an den Programm- und Koordinierungsausschuß erfolgt (siehe die Ziffern 164-167).

9. In diesem Berichtszeitraum (1. Juli 1998 bis 30. Juni 1999) gab die Abteilung Innenrevision 744 Empfehlungen ab, von denen 37 Prozent umgesetzt wurden, und die Sektion Disziplinaruntersuchungen gab 97 Empfehlungen ab, von

tember 1999 in New York die erste Ermittlerkonferenz des Systems der Vereinten Nationen abgehalten, auf der eine Reihe von Themen erörtert wurden, wie beispielsweise Vertraulichkeit und ordnungsgemäßes Verfahren, Umgang mit den Klienten, Erstellung von Berichten und Tätigkeit im Feld.

12. Als Teil seiner Bemühungen um die Stärkung der Aufsicht im System der Vereinten Nationen erbringt das AIAD auch weiterhin auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen Innenrevisionsdienste für das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), das Internationale Handelszentrum UNCTAD/WTO und die Entschädigungskommission der Vereinten Nationen. Prüfungsdienste werden auch für das Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle und den Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen erbracht. Diese Regelungen wurden von der Verwaltung als eine nützliche und effiziente Art der Erbringung von Prüfungsdiensten gewürdigt. In einigen Fällen wurde die ursprüngliche Mittelausstattung für Prüfungen erhöht.

## D. Prioritäten

13. Der erste Jahresbericht des AIAD (A/50/459, Anhang) benannte drei Schwerpunktbereiche der Aufsicht: Friedenssicherung, humanitäre und damit zusammenhängende Tätigkeiten sowie das Beschaffungswesen. Im Jahresbericht 1996 (A/51/432, Anhang) wurde auch dem Problem der Schaffung neuer Organe Priorität eingeräumt. Die Generalversammlung benannte in ihrer Resolution 51/241 vom 22. August 1997 mehrere Bereiche, bei denen eine intensivere Prüfung durch die Aufsichtsorgane der Vereinten Nationen angezeigt ist. Da viele dieser Bereiche mit dem Personalmanagement zusammenhängen, hat das AIAD diesen Bereich im letzten Jahr seinen Aufsichtsprioritäten hinzugefügt. Auch in diesem Berichtsjahr zählten sie wieder zu den Schwerpunktbereichen des AIAD. Darüber hinaus hat das AIAD im vergangenen Jahr der Prüfung von Planung und Einsatz der Informationstechnik Vorrang eingeräumt, namentlich den Anstrengungen, die am Amtssitz der Vereinten Nationen und in den Außenstellen zur Vorbereitung auf das Jahr-2000-Problem unternommen werden.

**Aufgrund von Maßnahmen des Amtes für interne Aufsichtsdienste erzielte Kosteneinsparungen und beigetriebene Beträge  
1. Juli 1998 - 30. Juni 1999**

(in Millionen US-Dollar)

<i>Art der finanziellen Auswirkung</i>	<i>Ermittelter und empfohlener Betrag</i>	<i>Erzielte Einsparungen und beigetriebene Beträge</i>
Verlust oder Vergeudung von Ressourcen	10,2	0,4
Rückforderung zuviel gezahlter Beträge (einmalig)	16,1	15,0
Ausgabenverminderung (einmalig)	- a/	2,3
Ausgabenverminderung (wiederkehrend)	2,9	1,4
Zusätzliche Einnahmen (einmalig)	0,1	-
Zusätzliche Einnahmen (wiederkehrend)	- a/	-
Haushaltsreduzierung aufgrund von Empfehlungen des AIAD	5,1	4,0
Beitreibung von durch Betrug verlorenen Beträgen	3,3	0,4
<b>Insgesamt</b>	<b>37,8</b>	<b>23,5</b>

<sup>a/</sup> Weniger als 25.000 Dollar

**Umsetzungsquoten der Prüfungsempfehlungen des AIAD**

*Umsetzungsquote (in Prozen*

**Art der beabsichtigten Wirkung der an die Führungskräfte der Vereinten  
Nationen gerichteten Empfehlungen des AIAD  
1. Juli 1998 - 30. Juni 1999**

<i>Art der beabsichtigten Wirkung</i>	<i>Abteilung Innenrevision<sup>a/</sup></i>	<i>Gruppe Zentrale Evaluierung</i>	<i>Gruppe Zentrale Überwachung und Inspektion</i>	<i>Sektion Disziplinar- untersuchungen<sup>b/</sup></i>	<i>Gesamt</i>	<i>Prozent</i>

(Zahl der Empfehlungen)

## II

---

### Schwerpunkte der Aufsichtsmaßnahmen

#### A. Friedenssicherung

##### 1. Prüfung von Friedenssicherungseinsätzen

14. Die Prüfung von Friedenssicherungseinsätzen war für das AIAD wieder ein Schwerpunktbereich. Neben der Ausweitung der Prüfung der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze am Amtssitz wurden während des Berichtszeitraums Prüfungen bei acht Feldmissionen durchgeführt. Örtliche Rechnungsprüfer des AIAD sorgten für eine kontinuierliche Prüfung der folgenden Friedenssicherungsmissionen: der Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina (UNMIBH), der Beobachtermision der Vereinten Nationen in Angola (MONUA) und zuletzt der Interimshilfsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK).

##### a) Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi

15. Eine Prüfung der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi (Italien) ergab, daß die Basis in der Versorgungskette für die Friedenssicherung eine wichtige Funktion erfüllt. Die Versorgungsbasis hat außerdem die Funktion einer Satellitenkommunikationsverbindung zwischen dem Amtssitz und den Friedenssicherungseinsätzen in Zentralasien, im Nahen Osten und im ehemaligen Jugoslawien übernommen. Auch die Verwaltung der Reservebestände insgesamt hat sich gebessert. Trotz dieser Fortschritte muß jedoch eine Reihe von wichtigen Aufgaben wie die Zählung, die Kostenermittlung und die Registrierung großer

**c) Vor-Ort-Prüfungen des AIAD bei der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Angola**

18. Der örtliche AIAD-Prüfer bemerkte, daß der Auftrag-

## 2. Prüfung der Liquidation von Missionen

### a) Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien

24. Aus der Prüfung der Liquidation der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES) ging hervor, daß sie im großen und ganzen gut geplant und abgewickelt wurde. Die Prüfung zeigte jedoch auch einige Probleme im Zusammenhang mit der kommerziellen Versteigerung der Vermögensgegenstände der Mission auf, die als Lehre für künftige Liquidationen dienen sollten. Es handelt sich dabei um folgende Mängel:

- a) Die Mutterfirma des Versteigerungsauftragnehmers durfte als Mitbieter auftreten und war der größte einzelne Käufer, was einen Interessenkonflikt hervorrief;
- b) Einige Käufer, darunter auch die Mutterfirma des Versteigerungsauftragnehmers, mußten keine Auktionsgebühren bezahlen, was einen Vertragsbruch darstellte und die Organisation finanziellen Risiken aussetzte;
- c) Die Versteigerungsverträge wurden nicht über den örtlichen Ausschuß für Aufträge vorgelegt, was zu mangelnder Transparenz führte.

Aufgrund der Empfehlungen des AIAD erklärte die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, daß Versteigerungsverträge in Zukunft eine Klausel betreffend Einzelpersonen oder Firmen mit Beziehungen zu dem Versteigerungsauftragnehmer enthalten sollen, um die Integrität des Versteigerungsprozesses zu gewährleisten. Die Hauptabteilung erklärte sich außerdem damit einverstanden, daß Versteigerungsverträge dem zuständigen Ausschuß für Aufträge vorgelegt werden sollen.

25. Die Ausstattung von Friedenssicherungsmissionen mit qualifiziertem und erfahrenem Personal bereitet seit langem ein Problem, für das noch keine zufriedenstellende Lösung gefunden worden ist. Bei der UNTAES gab es in einem Zeitraum von 14 Monaten fünf verschiedene Leiter des Beschaffungswesens, die alle unterschiedliche Erfahrung hatten. Dadurch kam es zu beträchtlichen Mängeln bei der Beschaffung, wie beispielsweise zu wiederholten Ausschreibungen für die Entsorgung von Schrott und einer unwirt-

schaftlichen Rückbeförderung von kontingenteigener Ausrüstung. Um das Personalproblem bei Missionen zu mildern, teilte die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze dem AIAD mit, daß sie neueingestelltes Personal vor seiner Entsendung in das Feld einer formellen Schulung unterziehen werde.

### b) Beobachtermission der Vereinten Nationen in Angola

26. Eine körperliche Inspektion der Versorgungsbasis in Viana ergab, daß bei der Entsorgung einer großen Menge Schrotts und abgeschriebener Fahrzeuge kaum Fortschritte erzielt worden waren. Das AIAD fand außerdem heraus, daß vier Fahrzeuge im Wert von 430.000 Dollar infolge der Feindseligkeiten im Missionsgebiet zurückgelassen worden waren, obwohl sie einen geringen Kilometerstand aufwiesen und von anderen Missionen hätten verwendet werden können. Die Leitung teilte dem AIAD mit, daß die Zurückholung der Fahrzeuge unwirtschaftlich gewesen wäre und daß daher beschlossen worden sei, sie einer nichtstaatlichen Organisation zu verkaufen bzw. der Regierung zu schenken.

von ehemaligen Zivilpolizisten und Militärbeobachtern geschuldet wird, die nicht mehr im Dienst der Organisation stehen, könnte sich die Beitreibung dieser Forderungen mittlerweile als schwierig erweisen.

29. Gemäß dem Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen sollten der MONUA Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Trotz ihrer Anstrengungen war es der MONUA jedoch nicht immer gelungen, Räumlichkeiten unentgeltlich zu erhalten. Wie sich herausstellte, hatte die Mission den verschiedenen Vermietern für die Anmietung von Einrichtungen direkt etwa 13 Millionen Dollar bezahlt. Das AIAD empfahl, die MONUA solle diese Angelegenheit überprüfen, um festzustellen, ob bei der Regierung ein formeller Kostenerstattungsantrag gestellt werden sollte. Falls es nicht gelingt, diese Beträge beizutreiben, sollten sie gegen alle von der Regierung vorgelegten Ansprüche verrechnet werden. Die Leitung war mit diesen Empfehlungen einverstanden.

### **3. Evaluierung der Anlauf- und Beendigungsphasen von Friedenssicherungseinsätzen**

30. Die dreijährliche Überprüfung der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze ergab, daß die Hauptabteilung abgestimmte Maßnahmen zur Umsetzung früherer Empfehlungen ergriffen hat. Die aus den bisherigen Erfahrungen gewonnenen Lehren wurden formuliert und angewandt. Die meisten der bei den eingehenden Evaluierungen der Anlauf- und Beendigungsphasen aufgeworfenen Fragen wurden in den jüngsten Erfahrungsberichten untersucht. Die Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und der Hauptabteilung Presse und Information hinsichtlich der Informationsaspekte der Missionen, die zum Zeitpunkt der Erstellung des ersten Evaluierungsberichts problematisch war, scheint mittlerweile relativ gut zu funktionieren. Außerdem wurden erhebliche Fortschritte hinsichtlich der Art und Weise, in der die Missionen liquidiert werden, festgestellt.

31. In einem Bereich gab es Anlaß zu Enttäuschung. Der grundlegendste "Aufbewahrungsort" vergangener Erfahrungen, ein umfassendes indexiertes Archiv der standardisierten operativen Verfahren der Missionen, das den Missionen über das Intranet der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze hätte verfügbar gemacht werden sollen, ist noch immer nicht geschaffen worden. Seit der ersten Evaluierung von Friedenssicherungseinsätzen im Jahre 1994 war wiederholt in mehreren Berichten auf die Notwendigkeit eines derartigen Archivs hingewiesen worden: Empfehlung 2 des Berichts über die Beendigungsphase legte eine Frist bis zum 30. September 1996 fest, und zwei Jahre später legte die Empfehlung 1 der dreijährlichen Überprüfung der Anlaufphase eine Frist bis zum 30. September 1998 fest. Die Hauptabteilung hatte sich mit beiden Fristen einverstanden

erklärt. Das AIAD hofft, daß das Archiv bis Ende 1999 eingerichtet werden kann, und wird diese Angelegenheit weiter überprüfen. Der Programm- und Koordinierungsausschuß schloß sich den Schlußfolgerungen der dreijährlichen Überprüfung (A/54/16, Ziffer 542) an.

### **4. Disziplinaruntersuchungen bei Friedenssicherungsmissionen**

32. Im Berichtszeitraum befaßte sich die Sektion Disziplinaruntersuchungen weiter mit anhängigen Fällen bei Friedenssicherungseinsätzen und begann mit der Arbeit an neuen Fällen; von den 247 im Berichtszeitraum eingegangenen Fällen betrafen 48 die Friedenssicherung.

#### **a) Reisekostenbetrugsfall, Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina**

Telekommunikationsdiensten schuldig gesprochen. Die kriminellen Tätigkeiten des ehemaligen Leiters und seiner Komplizen verursachten den Vereinten Nationen während seines Dienstes bei der UNMIBH einen Schaden von schätzungsweise 800.000 Dollar.

37. Die Organisation erstattete außerdem Anzeige bei den zuständigen kroatischen Behörden, die eine kriminalpolizeiliche Untersuchung des Betrugsfalles eingeleitet haben. Die Ermittler des AIAD haben mit den Justizbehörden beider Länder zusammengearbeitet.

**b) Annahme von Gefälligkeiten durch einen Bediensteten der UNMIBH**

38. Die Untersuchung der Behauptung, daß ein Bediensteter der UNMIBH von einer kroatischen Reiseagentur Gefälligkeiten angenommen habe, brachte zum Vorschein, daß der Bedienstete im April 1998 eine Einladung des Besitzers der Reiseagentur zu einem zweitägigen Besuch auf einer kroatischen Insel angenommen hatte. Die gesamten Kosten der Reise, einschließlich Flug, Hotelunterkunft und andere Nebenkosten, wurden von dem Besitzer der Reiseagentur bezahlt. Die Untersuchung ergab außerdem, daß der betreffende Bedienstete die Rechnungsunterlagen dieser Reise-

geschultem Personal. Mit besserer Anleitung, dem Aufbau von Kapazitäten und einer verstärkten Überwachung könnte das UNHCR zur Behebung dieser Situation beitragen. Auf die Empfehlungen des AIAD zur Verbesserung der Überwachung hin hat das UNHCR eine Kontrollliste zur finanziellen Überwachung der Durchführungspartner ausgearbeitet. Diese Kontrollliste wird gegenwärtig getestet und wird dem Programm- und Finanzpersonal des UNHCR im Feld ein strukturiertes Verfahren zur wirksameren finanziellen Überwachung der Durchführungspartner an die Hand geben.

42. Die meisten internationalen nichtstaatlichen Organisationen setzten zwar moderne Rechnungssysteme ein, doch hin und wieder traten Probleme auf, da sich Rechnungslegungsgrundsätze und -strukturen von denjenigen des UNHCR unterschieden. In gewissen Fällen bedurfte es zahlreicher manueller Korrekturen, um den Anforderungen des UNHCR an die Berichterstattung zu genügen, was eine systematische Abstimmung erschwerte. In manchen Fällen hatten die internationalen nichtstaatlichen Organisationen ihre gesamten Rechnungsunterlagen an ihre nationalen Zentren weitergeleitet, ohne Abschriften in ihren Feldbüros zu hinterlassen. In anderen Fällen belegten die im Feld verfügbaren Unterlagen nicht die der Zentrale entstandenen Kosten (zum Beispiel bei der internationalen Beschaffung). Das AIAD empfahl dem UNHCR, auf der Einhaltung gewisser Mindestnormen im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Rechnungsunterlagen im Feld zu bestehen.

43. Die von den staatlichen Durchführungspartnern vorgelegten Finanzinformationen waren nicht immer zuverlässig. Bei einem Landesprogramm fanden die Prüfer des AIAD heraus, daß die Beträge, die dem UNHCR als Ausgaben gemeldet worden waren, keine tatsächlichen Ausgaben darstellten, sondern in Teilbeträgen überwiesene Mittel des UNHCR, die an andere Regierungsstellen weitergeleitet wurden. Diese Meldungen stellten sich als "Mitteltransfermeldungen" heraus, in denen der Erhalt von UNHCR-Mitteln bestätigt anstatt über die Verwendung dieser Mittel Rechenschaft abgelegt wurde.

44. In seinem Bericht von 1997 (A/52/426, Ziffer 46) beschrieb das AIAD den Fall eines staatlichen Durchführungspartners, dessen Projekt- und Finanzdokumentation für den Zeitraum 1992 bis 1996 in einem so schlechten Zustand war, daß sie nicht geprüft werden konnte. Anhand von Bankunterlagen, die bei der Bank des Partners erlangt wurden, konnte das AIAD jedoch Unregelmäßigkeiten aufdecken,

unter anderem nicht angegebene Zinserträge und Verkaufserlöse in Höhe von mehr als 250.000 Dollar, die dem UNHCR geschuldet wurden. Im Rahmen einer Prüfung im Jahre 1993 waren Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe eines großen Auftrags durch diesen staatlichen Partner aufgedeckt worden. Eine spätere Prüfung durch die oberste Rechnungskontrollbehörde des Landes bestätigte die Prüfungsfeststellungen der Vereinten Nationen und kam zu dem Schluß, daß die betrügerischen Handlungen mit augenscheinlicher Duldung seitens der betreffenden Regierungsbeamten stattgefunden hatten. Trotz der wiederholten, selbst auf höchster Ebene unternommenen Bemühungen des UNHCR haben sich die betreffenden Regierungsbehörden mit diesen Fragen bislang nicht mit Nachdruck befaßt. Ende 1998 hatte die Staatsanwaltschaft noch nicht festgestellt, ob ein hinreichender Grund für eine strafrechtliche Verfolgung des Auftragnehmers von 1993 bestand. Nicht einmal eine vorläufige Untersuchung gegen irgendeinen der ehemaligen Regierungsbeamten, die in den Fall verwickelt waren, wurde eingeleitet. Abgesehen von der sicheren Verwahrung der Pro-

Grad der Erfüllung dieser Auflage im Berichtszeitraum erheblich zugenommen. Es muß jedoch den Mindestnormen für die Akzeptanz von Prüfungsvermerken mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das UNHCR akzeptiert von den internationalen nichtstaatlichen Durchführungspartnern Kopien der konsolidierten geprüften Rechnungsabschlüsse. In diesen Abschlüssen, die mehr als 46 Prozent der gesamten Aufwendungen der Durchführungspartner darstellen, sind die vom UNHCR bereitgestellten Mittel klar identifiziert. In einigen Fällen enthielten diese konsolidierten Rechnungsabschlüsse jedoch eher allgemeine Informationen über die Gesamtbeträge der eingesetzten UNHCR-Mittel. Nach Auffassung des AIAD sollten die Abschlüsse auf Landes- und Unterprojektebene die vom UNHCR überwiesenen und in seinem Namen ausgegebenen Mittel ausweisen, damit eine Abstimmung mit den vorgelegten Unterprojektüberwachungsberichten vorgenommen werden kann. Das AIAD ist bereit, dem UNHCR in dieser Frage behilflich zu sein.

#### *Programmausführung*

47. Die Programme erreichten nicht immer die vorgegebenen Ziele. Im Rahmen eines Landesprogramms wandte das Flüchtlingskommissariat mehr als 5 Millionen Dollar für Material und Arbeitskräfte zum Wiederaufbau mehrerer tausend Wohnungen auf. Eine unabhängige Evaluierung von 152 Wohnungen ergab, daß nur zwei davon gemäß der grundlegenden Leistungsbeschreibung des Programms fertiggestellt worden waren. Nach ihrer Fertigstellung wurden die wiederaufgebauten Häuser nicht immer von denjenigen bezogen, für die sie bestimmt waren. Im Mai 1998 standen fast 20 Prozent der im Rahmen eines Programms von 1997 wiederaufgebauten Häuser noch immer leer. Obgleich das AIAD sich dessen bewußt ist, daß der Bezug der Häuser manchmal aus politischen und sicherheitsbezogenen Gründen verhindert wurde, ist es der Überzeugung, daß eine verstärkte Programmüberwachung durch das UNHCR die Probleme hätte in Grenzen halten können.

48. Projekte mit rascher Wirkung sind oft ein wesentlicher Bestandteil von Wiedereingliederungsprogrammen. Die Prüfungen des AIAD ergaben, daß viele dieser Projekte zwar die Wiedereingliederung von Rückkehrern erleichtern und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen, jedoch nicht die Bezeichnung "rasch" verdienen. Selbst bei ausreichender Planung übersteigen die normalen Genehmigungs- und Durchführungszeiten für viele dieser Projekte die Dauer der jährlichen Haushaltsperioden des UNHCR. Infolgedessen beginnen viele Projekte ohne gesicherte Finanzierung für ihre Fertigstellung, und es werden de facto finanzielle Verpflichtungen für künftige Finanzperioden eingegangen. Die Durchführung mehrjähriger Projekte innerhalb des eng gesteckten Rahmens der Jahreshaushalte macht die Projektplanung unsicher, bringt Risiken für den Abschluß von Projekten mit sich und wirft die Frage der Bestandfähigkeit auf. Nach Auffassung des AIAD erfordern derartige Programme,

wenn sie effektiv sein sollen, Finanzierungsvereinbarungen, die über das Haushaltsjahr hinausgehen. Das AIAD empfahl dem Flüchtlingskommissariat, alternative Finanzierungsmechanismen zu erwägen.

#### **Die Durchführung mehrjähriger Projekte innerhalb des eng gesteckten Rahmens der Jahreshaushalte**

49. Revolvierende Fonds sind ein häufig eingesetztes Instrument zur Erhöhung des Nutzeffekts der Hilfe des UNHCR, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung von Einkommen für Flüchtlinge. Ohne ausreichend qualifizierte Partner und eine angemessene Planung kann es jedoch vorkommen, daß die mit solchen revolvierenden Fonds verbundenen Kosten ihren Nutzen übersteigen. Die Prüfer des AIAD fanden heraus, daß bei einem revolvierenden Fonds die Aufwendungen der Durchführungsorganisation für Schulung, Darlehensverwaltung und Gemeinkosten den Gesamtwert der gewährten Darlehen überstiegen und so ein Teil des Kapitalfonds abgebaut wurde. Da der Fonds im Rahmen eines jährlichen Programms finanziert wurde, war der langfristigen Überwachung und Bestandfähigkeit nicht genügend Beachtung geschenkt worden.

50. In einem anderen Fall stellten die AIAD-Prüfer fest, daß die Haushaltsmittel für Projekte mit rascher Wirkung in lokaler Währung bewilligt worden waren, während die Teilzahlungen des UNHCR an die Durchführungspartner in US-Dollar erfolgten, was zu erheblichen Wechselkursgewinnen der Durchführungspartner führte. Diese unerwarteten Gewinne, die nach Schätzungen des AIAD möglicherweise mehrere hunderttausend Dollar betragen, wurden dem UNHCR nicht gemeldet, sondern auf den Konten der Durchführungspartner belassen. Das Flüchtlingskommissariat hat die Partner aufgefordert, den Gesamtbetrag der Wechselkursgewinne offenzulegen und seine Genehmigung für die Verwendung dieses Programmtrags einzuholen.

51. Obwohl schwache oder unzureichende interne Kontrollen bei vielen Durchführungspartnern Anlaß zur Sorge geben, fand das AIAD auch einen Fall, bei dem übermäßig restriktive interne Kontrollen die Effizienz der Operation beeinträchtigten und die Programmausführung lähmten. Umständliche und langwierige Genehmigungsverfahren führten dazu, daß Rückkehrern verspätet Hilfe zuteil wurde.

#### *Verwaltung der Kassenmittel*

52. Die Verwaltung der Kassenmittel im Feld gibt auch weiterhin Anlaß zur Sorge. Da es in vielen Einsatzgebieten

an ausreichenden Bankeinrichtungen und -diensten fehlt, sind die UNHCR-Feldbüros häufig gezwungen, überwiegend auf Barmittelbasis zu operieren. Die in bar ausgezahlten Beträge können recht hoch sein, und manche Feldbüros bewahren in ihren Tresoren Bargeld in Höhe von mehreren hunderttausend Dollar auf. Um die damit verbundenen Risiken zu verringern, hat das AIAD empfohlen, nach Möglichkeit Bankeinrichtungen und -dienste in Anspruch zu nehmen, die Barmittel in kleinen Kassen so gering wie möglich zu halten und die Kontrollen und Sicherheitsmaßnahmen für unvermeidliche Bargeldtransaktionen zu verstärken. Überraschenderweise gelten für die Verwaltung umfangreicher operativer Kassenmittel grundsätzlich die gleichen Vorschriften wie für die Führung kleiner Kassen. Allerdings übersteigen einzelne Auszahlungen aus kleinen Kassen normalerweise nicht den Gegenwert von 100 Dollar, so daß sich das Risiko in Grenzen hält. Nach Auffassung des AIAD sind für die Durchführung umfangreicher Bargeldtransaktionen genaue Richtlinien erforderlich, die der Art, dem Ausmaß und dem Risikograd der durchgeführten Transaktionen entsprechen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Da die Bankkonten des UNHCR in der Regel auf der Grundlage der Mitunterzeichnung geführt werden, sollte die Verwaltung umfangreicher Barmittel gleichwertigen oder noch strikteren Kontrollen unterliegen.

53. Die AIAD-Prüfer stellten häufig fest, daß es bei den Durchführungspartnern keine Abgrenzung von Aufgaben im Zusammenhang mit Bargeldtransaktionen gab. So besaß beispielsweise der Projektleiter eines Durchführungspartners die alleinige Bankvollmacht, unterzeichnete Schecks zur Zahlung von Barvorschüssen an sich selbst und nahm in der Folgezeit alle Auszahlungen vor. Die Vertrauenswürdigkeit des Personals ist zwar von entscheidender Bedeutung für eine Unternehmung, ist aber kein Ersatz für ausreichende interne Kontrollmechanismen. Um solche Probleme bei der Verwaltung von Kassenmitteln und in anderen Bereichen des Finanzmanagements zu beseitigen, müssen die Durchführungspartner vom UNHCR angeleitet, geschult und überwacht werden. Das UNHCR-Schulungsprogramm für Finanzmanagement und -kontrolle hat die Fähigkeiten des UNHCR-Feldpersonals auf dem Gebiet des Finanzmanagements erheblich verbessert. Eine ähnliche Initiative ist angebracht, um das Finanzmanagement der Durchführungspartner zu verbessern.

#### *Entrichtung von Steuern*

54. Die Prüfungen des AIAD förderten mehrere Fälle zutage, in denen das Flüchtlingskommissariat bei der Geltendmachung seiner Rechte nach dem Übereinkommen von 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen beziehungsweise nach den anwendbaren Kooperationsvereinbarungen zwischen dem UNHCR und dem jeweiligen Gaststaat auf Schwierigkeiten stieß. Probleme entstanden insbesondere, wenn Flüchtlingsprojekte von den

Durchführungspartnern des UNHCR durchgeführt wurden. In einem Land beispielsweise werden auf UNHCR-Fahrzeuge, die mit Programmmitteln erworben und von den Durchführungspartnern aufgrund von Nutzungsvereinbarungen benutzt wurden, Zölle erhoben, wenn sie den Durchführungspartnern ohne UNHCR-Nummernschilder zur Verfügung gestellt wurden. Daher muß sich das UNHCR entscheiden, ob es das Risiko der finanziellen Haftung im Zusammenhang mit der Benutzung dieser Fahrzeuge in Kauf nimmt oder die Zölle bezahlt. In mehreren Ländern wurde auf wichtige Anschaffungen, die die Durchführungspartner mit Programmmitteln des UNHCR und für Programmw Zwecke getätigt hatten, Mehrwertsteuer erhoben; die Bemühungen um eine Rückerstattung dieser Steuern waren erfolglos. Das Flüchtlingskommissariat sollte sich darum bemühen, daß die ihm nach dem Übereinkommen von 1946 zustehenden Vorrechte auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen auch seinen Durchführungspartnern gewährt werden. Bis zu einer zufriedenstellenden Lösung dieser Frage sollte das UNHCR erwägen, Beschaffungen so wenig wie möglich über die Durchführungspartner abzuwickeln. In einem anderen Land wird Telekommunikationsausrüstung des UNHCR derzeit von den Zollbehörden festgehalten, bis eine "Gebühr" gezahlt wird, die keine Dienstleistungsgebühr, sondern eine Steuer darstellt. Diese Praxis verstößt eindeutig gegen die Verpflichtungen der betreffenden Regierung. In einem anderen Land sind die Empfänger von Hilfeleistungen aus UNHCR-Mitteln nach dortigem Steuerrecht zur Zahlung von Steuern auf diese Leistungen verpflichtet. Selbst wenn die Erhebung von Steuern nicht gegen die geltenden völkerrechtlichen Übereinkünfte verstößt, ist es weder im Interesse der Flüchtlinge noch entspricht es den Absichten der Geber, wenn knappe Mittel, die für humanitäre Zwecke bereitgestellt werden, zu einzelstaatlichen Haushalten beitragen. Es bedarf abgestimmter Anstrengungen des UNHCR und anderer VN-Büros und -Organisationen, um die betreffenden Regierungen davon zu überzeugen, daß die dem UNHCR anvertrauten Mittel gemäß seinem Mandat in vollem Umfang den Flüchtlingen zugute kommen sollten. Ferner sollte das UNHCR fest darauf beharren, daß das Völkerrecht gegenüber einzelstaatlichen Steuervorschriften oder Verwaltungsregelungen, die zu ihm in Widerspruch stehen, Vorrang hat.

#### *Sonderprüfung*

55. Auf Ersuchen der Leitung des UNHCR führte das AIAD eine Sonderprüfung in einem Landesbüro durch. Die Prüfung deckte mehrere Unregelmäßigkeiten auf, darunter die Veräußerung von Fahrzeugen zu Bedingungen, die Mitarbeiter des UNHCR bevorteilten, die Verwendung von UNHCR-Reparatureinrichtungen und -Ersatzteilen für private Zwecke sowie fragwürdige oder sogar unrechtmäßige Ansprüche auf Reisekostenerstattung und damit zusammenhängende Leistungen. Infolge dieser Sonderprüfung wurde

ein Betrag von etwa 25.000 Dollar beigetrieben. Der betreffende Bedienstete hat die Organisation verlassen.

## b) Disziplinaruntersuchungen

### *Betrugsanschuldigungen*

56. Im Berichtszeitraum befaßte sich die Sektion Disziplinaruntersuchungen mit fünf Fällen, die UNHCR-Feldeinsätze betrafen. Bei einer Untersuchung ging es um einen Bericht, in dem behauptet wurde, daß zwei UNHCR-Bedienstete im Zeitraum von 1992 bis 1998 von Lieferanten Schmiergelder als Gegenleistung für überhöhte Zahlungen und die Beschaffung überhöhter Mengen an Reissaat angenommen hätten. Außerdem ging der Sektion eine Meldung zu, der zufolge ein fünfseitiges Dokument mit einem gefälschten Prüfungsbericht der Vereinten Nationen, in dem behauptet wurde, daß die vom UNHCR für Reissaat gezahlten Preise ungerechtfertigt hoch seien und überhöhte Mengen gekauft worden seien, an eine örtliche Zeitung weitergeleitet worden war. Da die Sektion Disziplinaruntersuchungen berichtete, daß die bei der Untersuchung gesammelten Beweismittel die Behauptung über die Annahme von Schmiergeldern nicht erhärteten, hat das UNHCR die Empfehlung der Sektion umgesetzt, die beschuldigten Bediensteten von jedem Verdacht zu entlasten. Andererseits wurde bei der Untersuchung festgestellt, daß ein angebliches Dokument der Vereinten Nationen gefälscht war und von einem ehemaligen UNHCR-Bediensteten in unredlicher Absicht an eine Zeitung weitergeleitet worden war.

57. Nach Auffassung der Sektion Disziplinaruntersuchungen macht ein Fall, der mit der Empfehlung endet, Bedienstete von einem Verdacht zu entlasten, auf eine nützliche, aber oft übersehene Funktion der Sektion aufmerksam. Mit der Empfehlung, Bedienstete von einem Verdacht zu entlasten, bietet die Sektion Disziplinaruntersuchungen Personen Schutz, die entweder fälschlicherweise beschuldigt worden sind oder gegen die es keine ausreichenden Beweise gibt.

## 2. Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

58. Das AIAD überwacht auch weiterhin die Tätigkeit des Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten und hat eine Prüfung der Feldunterstützungsdienste des Büros für das vierte Quartal 1999 sowie eine Prüfung seiner Aktivitäten in Sudan für das erste Quartal 2000 geplant.

## 3. Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte

59. Auf Ersuchen des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte führte das AIAD eine umfassende Prüfung der operativen Phase und der Liquidationsphase der Feldmission für Menschenrechte des Amtes in Ruanda durch. Bei dieser Prüfung wurden große Probleme in der Feldmission festgestellt, namentlich mangelhafte interne Kontrollen in Bereichen wie Finanzmanagement und -berichterstattung, Beschaffung, Personalwesen, Kraftfahrzeugeinsatz und Vermögensverwaltung. Auch die Kommunikation zwischen der Amtszentrale in Genf und dem Feld war mangelhaft. Darüber hinaus wurden während der Liquidationsphase größere Mängel wie unzureichende Planung und Diskrepanzen bei der Veräußerung von Vermögenswerten festgestellt. Das AIAD empfahl, die Steuerung der Feldmissionen zu verbessern, und schlug vor, die aus den Erfahrungen in Ruanda gewonnenen Lehren für eine Stärkung der Managementkontrollen in anderen Missionen zu benutzen.

60. Die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte hat bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Verwaltungs- und Finanzkontrollen der Feldmissionen des Amtes ergriffen. Sie hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit allen in dem Bericht aufgeworfenen strukturellen Fragen auseinandersetzen soll, und hat außerdem das AIAD und die Hauptabteilung Manage-

Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen und den Mitgliedstaaten eingehend und kritisch geprüft worden. Die Prüfungen der Beschaffungsaktivitäten am Amtssitz und in den Dienststellen außerhalb des Amtssitzes, die das AIAD im Berichtszeitraum durchführte, haben bestätigt, daß auch weiterhin Fortschritte bei der Bewältigung der wichtigsten systemischen Probleme erzielt wurden, die die Hochrangige Sachverständigengruppe für die Reform des Beschaffungswesens in ihrem Bericht vom Dezember 1994 aufgezeigt hatte. Die Verwaltung hat ein neues Handbuch für das Beschaffungswesen herausgegeben, das Schulungs- und Laufbahnförderungsprogramm für das Beschaffungspersonal verbessert und Fortschritte bei der Entwicklung eines Leistungsmessungssystems erzielt, das die operative Effizienz des Beschaffungsverfahrens verbessern soll. Das AIAD gab im Verlauf des Berichtsjahres 59 Empfehlungen in bezug auf das Beschaffungswesen ab und wird die Entwicklungen in diesem Bereich weiter verfolgen.

## 2. Weitere Fragen im Zusammenhang mit dem Beschaffungswesen

### *Überprüfung der mit dem Beschaffungswesen zusammenhängenden Schiedsfälle*

63. Im Einklang mit der Resolution 52/226 A der Generalversammlung vom 31. März 1998 überprüfte das AIAD die mit dem Beschaffungswesen zusammenhängenden Schiedsfälle in seinem Bericht vom 1. März 1999 (A/53/843). Die meisten dieser Fälle standen im Zusammenhang mit friedensichernden Tätigkeiten. Anhand einer Analyse von fünf neueren Fällen, die durch Schiedsvereinbarungen oder Vergleiche gelöst wurden, stellte das AIAD fest, daß die Streitfälle, obwohl sie nur einen relativ kleinen Teil der für die Friedenssicherungseinsätze beschafften Güter und Dienstleistungen betrafen, der Organisation zusätzliche Kosten verursachten, namentlich Personalkosten, Rechtsschutzaufwendungen und Zinszahlungen. Die Forderungen der Auftragnehmer resultierten hauptsächlich aus unklaren Vertragsbedingungen, die von den Feldmissionen manchmal akzeptiert und danach ohne Konsultation und Überprüfung durch den Amtssitz-Ausschuß für Aufträge und den Bereich Rechtsangelegenheiten geändert wurden, aus dem Fehlen förmlicher Vereinbarungen sowie aus unzureichender Verwaltung der Aufträge im Feld. Die Leitung folgte den AIAD-Empfehlungen zur Verringerung des Risikos künftiger Forderungen gegenüber der Organisation. Im Oktober 1999 soll dem Fünften Ausschuß ein Bericht des Generalsekretärs über diese Fragen vorgelegt werden.

### *Verwaltung von Dienstleistungs- und Verpflegungsaufträgen*

64. Eine AIAD-Prüfung wichtiger Dienstleistungs- und Verpflegungsaufträge bei fünf Friedenssicherungsmissionen kam zu dem Schluß, daß die Verwaltung der Aufträge da-

durch beeinträchtigt wurde, daß das Auftragsverwaltungspersonal unzureichend geschult war, unvollständige Leistungsbeschreibungen erstellt und die Vertragsverpflichtungen der beiden Parteien nicht klar definiert wurden. Die Vergabe der Aufträge verzögerte sich oft, was Übergangsvereinbarungen erforderlich machte, die manchmal mit höheren Kosten verbunden waren. Dies war bei der Mission der Vereinten Nationen in Haiti (UNMIH) der Fall; dort hätten etwa 7,7 Millionen Dollar eingespart werden können, wenn frühzeitig angemessene vertragliche Regelungen getroffen worden wären. Die Leitung erklärte, daß zwischenzeitliche Ereignisse, namentlich vier Treffen des Ausschusses für Aufträge am Amtssitz, das Beschaffungsverfahren erheblich verzögert hätten. Die erheblichen Verzögerungen bei der Vergabe von Verpflegungsverträgen bei der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (UNIFIL), der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung (UNDOF) und der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern (UNFICYP) führten ebenfalls dazu, daß die bestehenden Verträge zu höheren Kosten verlängert werden mußten, als nach den neuen Verträgen vorgesehen war. Das AIAD war außerdem über das geringe Interesse besorgt, das potentielle Bieter an der Erbringung vertraglicher Dienstleistungen für Friedenssicherungseinsätze zeigten.

65. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die die Missionen bei der Leistungsbewertung der Dienstleistungsauftragnehmer hatten, empfahl das AIAD der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, standardisierte operative Verfahren als Orientierungshilfe für die Missionen bei der Verwaltung von Dienstleistungs- und Verpflegungsaufträgen zu entwickeln. Ferner würde eine zivile Auftragsverwaltungsgruppe innerhalb der Mission dazu beitragen, die Auftragsverwaltung zu zentralisieren und die Koordination zu verbessern.

66. Die verspätete Begleichung von Rechnungen der Auftragnehmer war ein häufig auftretendes Problem. Beispielsweise schuldeten die UNIFIL, die UNDOF und die

Hauptursachen für die Schiedsfälle und die gegen die Organisation eingeleiteten Gerichtsverfahren.

## D. Probleme bei der Schaffung neuer Organe

### 1. Internationale Gerichte

*Internationales Gericht für das ehemalige Jugoslawien*

69. Die gemeinsame Überprüfung des Internationa

### *Untersuchungen von Lufttransportdiensten*

67. Im Jahr 1996 wurde eine Reihe von Untersuchungen und Überprüfungen in bezug auf Luftcharterverträge und -einsätze bei Friedenssicherungsmissionen durchgeführt, die zu vier gesonderten internen Zwischenberichten führten. In diesen, der Leitung 1997 vorgelegten Berichten wurden offenkundige Verstöße durch eine Luftchartergesellschaft und die von ihr vertretenen Firmen festgestellt und Empfehlungen für die zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen abgegeben, so auch die an die Organisation gerichtete Empfehlung, die Streichung der Luftchartergesellschaft aus dem Verzeichnis der genehmigten Lieferanten zu erwägen. Die Organisation nahm die Empfehlungen generell an und setzte sie 1998 um.

68. Ende 1996 reichte die Luftchartergesellschaft eine Schiedsklage ein, in der sie die Organisation beschuldigte, sie unfair behandelt zu haben; bei einer späteren Änderung dieser Klage Mitte 1997 erhob die Luftchartergesellschaft zudem die Behauptung, daß die Untersuchungsberichte, die offensichtlich an die Luftchartergesellschaft weitergeleitet worden waren, ihr gegenüber unfair seien, und sie erhöhte ihre Schadenersatzforderung auf etwa 50 Millionen Dollar. Der Schiedsspruch wurde im Juli 1999 verkündet. Trotz starker Kritik an den Untersuchungsberichten wies der Schiedsspruch die Schadenersatzforderung der Gesellschaft vollständig zurück und stellte fest, daß kein Amtsträger oder Bediensteter der Vereinten Nationen gegenüber der Gesellschaft Voreingenommenheit oder Feindseligkeit gezeigt hätte. Diese Kritikpunkte gründeten sich nach Ansicht des AIAD nicht auf die Beweismittel, sondern vielmehr auf ein falsches Verständnis sowohl des Wesens der internen Untersuchungstätigkeit als auch des Wirkungsbereichs und der Zuständigkeit des Schiedsgremiums. In der Tat schien das Gremium unter dem Eindruck zu stehen, daß das AIAD befugt sei, unter polizeiähnlichen Bedingungen zu operieren; dies veranlaßte das Gremium an einem Punkt zu der Frage, ob das AIAD allen befragten Personen Rechtsmittelbelehren erteile. Eine Überprüfung derselben Berichte durch eine erfahrene Untersuchungsfirma hat ergeben, daß die Berichte und die Methodik ihrer Erstellung solide sind. Aufgrund der Erklärungen des Schiedsgremiums hat das AIAD jedoch eine unabhängige Überprüfung des Falles in Auftrag gegeben.

friedenstellend funktionierte, was die Kontrolle und Weiterverfolgung von Zahlungen und die Erstellung von Projektfinanzberichten betraf. Das AIAD stellte fest, daß das Sekretariat keine Kontrolle über Voraus- oder abschließende Zahlungen für Projekte hatte. Zu dieser Situation trug hauptsächlich die Verwirrung darüber bei, ob das Sekretariat des Basler Übereinkommens oder die UNEP-Programmunterstützungsgruppe in Genf für die Finanzkontrolle über die Projekte des Übereinkommens zuständig war. Das AIAD empfahl dem Übereinkommenssekretariat, einen Verwal-

beit mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze durchgeführt wurde, wurde eine Reihe von Personal- und damit zusammenhängenden Problemen aufgezeigt, von denen einige bereits von der Hauptabteilung angegangen wurden.

78. Die Prüfung ergab unter anderem, daß es notwendig ist, die Zahl der Bediensteten des Felddienstes zu verringern, beispielsweise indem Einstellungssperren verhängt werden, Dienstverhältnisse nicht über das Ruhestandsalter hinaus verlängert werden und Bediensteten nahegelegt wird, freiwillig in den Ruhestand zu treten beziehungsweise aus dem Dienst auszuschneiden. Das AIAD empfahl, die Verlängerung von befristeten Dienstverträgen an die Verfügbarkeit von Mitteln zu knüpfen, offizielle Richtlinien für die Versetzung und Mobilität von Bediensteten aufzustellen, eine Neubewertung und Aktualisierung des Begriffes "Stammdienstort" und der ursprünglichen Qualifikationen des Felddienstpersonals vorzunehmen und die geplante Managementstrategie für den Felddienst zu aktualisieren und zu verbessern.

#### **4. Personalverwaltung bei der Entschädigungskommission der Vereinten Nationen**

79. Eine Prüfung der Personalverwaltung bei der Entschädigungskommission der Vereinten Nationen im März 1998 ergab Widersprüchlichkeiten bei der Dienstpostenbewertung, der Festlegung der Besoldungsgruppen und -stufen für neu eingestellte Bedienstete und bei der Anwendung der Kriterien für Beförderungen in den verschiedenen Verwendungs- und Laufbahngruppen. Im Rahmen der Prüfung wurden auch Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Effizienz des gestrafften Einstellungsprozesses aufgezeigt. Das AIAD empfahl der Entschädigungskommission unter anderem, ein Beratungsgremium für Einstellungen und Beförderungen einzurichten, dem Vertreter des Personaldienstes des Büros der Vereinten Nationen in Genf angehören, die Bediensteten der Gruppe Personalfragen in der Entschädigungskommission fachlich weiterzubilden, die Delegation von Befugnissen in Personalfragen an die Entschädigungskommission zu klären, namentlich ihre Befugnis, Einstellungen auf der Rangebene P-5 und höher vorzunehmen, und mit Hilfe von Abgangsinterviews die Probleme zu ermitteln und anzugehen, die zu einer Personalfluktuations führen können. Die Leitung stellte fest, daß das Personal der Entschädigungskommission vom VN-Büro in Genf und dem Sekretariats-Bereich Personalwesen und -management geschult und ein Beratungsgremium für Einstellungen und Beförderungen eingerichtet worden ist.

#### **5. Managementberatung**

80. Auf Ersuchen des Sekretariats-Bereichs Personalwesen und -management führte das AIAD einen Managementbe-

ratungsauftrag aus, mit dem Ziel, zwei Musterbroschüren auszuarbeiten, die die Beschreibung der Leistungsansprüche im Zusammenhang mit der Erziehungsbeihilfe und der Erbschwernis- und Mobilitätszulage erleichtern sollten. Im Februar 1999 stellte das AIAD dem OHRM die Musterbroschüren zur Verfügung und erläuterte den Ausarbeitungsprozeß im Rahmen einer förmlichen Unterrichtung. Die Leitung teilte dem AIAD mit, daß der Bereich Personalwesen und -management dabei sei, rv44d5(u d)-7sobDr"0.005stvndnalll[efchi Leistungsansprüche vereinfachen sollen. Diese Broschüren werden auch in elektronischer Form im Intranet der Vereinten Nationen zur Verfügung stehen.

## **F. Planung und Einsatz der Informationstechnik und Vorsorgemaßnahmen für das Jahr-2000-Problem**

### **1. Vorsorgemaßnahmen für das Jahr-2000-Problem**

81. Das AIAD legte Nachdruck auf die Überprüfung der Art und Weise, in der die Vereinten Nationen das Jahr-2000-Problem handhaben. Wie das Amt bei seiner anfänglichen Überprüfung feststellte, waren sich nicht alle seiner Klienten des vollen Umfangs des Jahr-2000-Problems bewußt oder wandten die von Sachverständigen zur Bewältigung des Problems empfohlenen besten Verfahrensweisen nicht in vollem Umfang an. Von dem Jahr-2000-Problem könnten die Computerhardware und -software sowie die Strom-, Gas- und Wasserversorgung, der Kommunikationsbereich und Systeme in Mitleidenschaft gezogen werden, die mit eingebetteten Chips funktionieren (Fahrstühle, Heizungs- und Kühlsysteme usw.).

#### **Wie das Amt bei seiner anfänglichen Überprüfung**

82. Im Februar 1999 setzte die Stellvertretende Generalsekretärin die Jahr-2000-Managementgruppe und eine unter der Bezeichnung Jahr-2000-Umsetzungsgruppe bekannte, hauptabteilungsübergreifende Arbeitsgruppe ein. Das AIAD beteiligte sich als Mitglied von Amts wegen an den Arbeiten der Umsetzungsgruppe am Amtssitz. Es prüfte darüber hinaus den Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen in 23 Büros, Programmen und Regionalkommissionen außerhalb des Amtssitzes und unterbreitete Empfehlungen zur

Aufklärung über das Jahr-2000-Problem und zur Hervorhebung der Notwendigkeit angemessener Pläne und Maßnahmen zu seiner sachgerechten Bewältigung. Die Klienten des AIAD wurden außerdem von der Notwendigkeit in Kenntnis gesetzt, Eventualfallpläne und andere Vorkehrungen in Erwägung zu ziehen, für den Fall, daß es aufgrund des Problems zur Unterbrechung oder völligen Lahmlegung ihrer Tätigkeit kommen sollte. Darüber hinaus ersuchten einige Klienten um Hilfe und Beratung bei der Beantwortung der Frage, welche Bereiche von dem Problem betroffen sein könnten, und bei der Ausarbeitung von Aktionsplänen zu seiner Bewältigung. Das Management erklärte, daß die Jahr-2000-Managementgruppe die Organisation mit aller Deutlichkeit vor dem Problem gewarnt und die Erarbeitung von korrigierenden Maßnahmen beaufsichtigt habe.

83. Das AIAD übernahm außerdem einen Beratungsauftrag, um dem Internationalen Rechenzentrum bei der Beurteilung seiner Vorbereitungen für das Jahr 2000 behilflich zu sein. Auf der Grundlage dieser Tätigkeit legte das AIAD dem Zentrum eine Reihe von Vorschlägen vor, durch die eine Beschleunigung des Vorbereitungsprozesses und die Minimierung der Auswirkungen des Jahr-2000-Problems erreicht werden sollen.

## **2. Überprüfung der Kostensteigerung beim Entwicklungsauftrag für das Integrierte Management-Informationssystem**

84. Gemäß der Resolution 52/227 der Generalversammlung vom 31. März 1998 führte das AIAD eine umfassende Analyse der Gründe für die Kostensteigerung bei dem Entwicklungsauftrag für das Integrierte Management-Informationssystem (IMIS) durch. Der Generalversammlung wurde am 16. Februar 1999 über die Ergebnisse dieser Überprüfung Bericht erstattet (A/53/829).

85. Das AIAD stellte fest, daß sich die Kosten des Entwicklungsauftrags für das Integrierte Management-Informationssystem seit Beginn der Arbeiten im Mai 1991 bis Januar 1999 von 17 Millionen auf 45,7 Millionen Dollar bezie-

ergab, daß das Gericht Probleme bei der Erreichung seiner Gesamtziele hatte, da sich die Rekrutierung einer ausreichenden Zahl qualifizierter Informationstechniker als schwierig erwies. Das Internationale Strafgericht für Ruanda hat seinen Sitz in einem abgelegenen Gebiet, und seine Kommunikations- und Stromversorgungssysteme sind technisch nicht sehr fortgeschritten, was die Anwendung der Informationstechnik zu einer beträchtlichen Herausforderung macht. Das AIAD empfahl dem Gericht, die wichtigsten von der Informationstechnik zu unterstützenden Aufgaben zu analysieren und einen Informationstechnikplan zu erstellen, um alternative Lösungen für die technischen Anforderungen des Internationalen Strafgerichts für Ruanda zu finden. Die Auslagerung bestimmter Aufgaben, die Nutzung von Außenstellen und gemeinsame Anstrengungen mit dem Internationalen Gericht für das ehemalige Jugoslawien und dem Amtssitz sollten in Erwägung gezogen werden, um den Personalmangel besser zu bewältigen und eine qualitativ hochwertige und rechtzeitige Unterstützung zu gewähren.

#### **4. Prüfung der Planung und des Einsatzes der Informationstechnik im Büro der Vereinten Nationen in Nairobi**

90. Bei dieser Prüfung im Büro der Vereinten Nationen in Nairobi wurden Informationstechnikprobleme in Bereichen aufgedeckt, die in der Branche für eine wirksam tätige Organisation als unverzichtbar gelten. Da das Büro der Vereinten Nationen in Nairobi dabei war, die bis dahin getrennt geführten Verwaltungs- und Unterstützungstätigkeiten zusammenzufassen, empfahl das AIAD dem Büro, das Konzept für den Einsatz von Informationstechnik und die dazugehörige Infrastruktur zu reevaluierten und einen Gesamtplan aufzustellen, in dem festgelegt wird, welche Software, Technologie, Haushaltsdotierung, Ausbildung und Strategien erforderlich sind, um die Gesamt- und Einzelziele des Büros der Vereinten Nationen in Nairobi, des UNEP und des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen zu erreichen.



### **III**

---

## **Zusammenfassung der wichtigsten Tätigkeiten nach Aufsichtsfunktion**

### **A. Innenrevision**

Sektion Amtssitz	13
Sektion Friedenssicherung	21
Sektion Informationstechnik	4
Sektion Wirtschaftlichkeitsprüfung	8
Sektion Europa	17
Sektion Afrika	14
Prüfungssektion UNHCR	23
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>

AIAD. Die Abteilung hat ihren Mitarbeitern auch weiterhin

Diese Prüfungen führten zu 83 an die höheren Führungsebenen und fünf an die Generalversammlung gerichteten Prüfungsberichten. Darüber hinaus wurden über 150 Prüfungsbemerkungen und andere Mitteilungen herausgegeben. Die 744 wichtigsten Empfehlungen in den Prüfungsberichten verteilten sich auf folgende Aufgabenbereiche:

Kassenwesen	23
Gehaltsabrechnung/Personal	120
Reise- und Transportkosten	53
Finanzbuchhaltung/Haushaltsverfahren/ Finanzberichterstattung	140
Beschaffungswesen	64
Vermögensverwaltung	88
Programm-/Projektmanagement	85
Informationstechniksysteme	92
Verwaltung und Management – allgemein	79
<b>Insgesamt</b>	<b>744</b>

94. Während des Berichtszeitraums waren etwa 10 Prozent der Stellen in der Abteilung unbesetzt, obwohl sich die Abteilung in dieser Zeit energisch um die Rekrutierung und Beförderung von Mitarbeitern bemüht hatte (das AIAD ist in Personalfragen operationell unabhängig). Zum 30. Juni 1999 hatte die Abteilung 54 der 60 Dienstposten des Höheren Dienstes besetzt. Zum 30. Juni 1998 waren 14 der 54 besetzten Stellen des Höheren Dienstes, das heißt 26 Prozent, mit Frauen besetzt, darunter die Positionen des Direktors und zweier Sektionsleiter. Das AIAD ist weiter dabei, mehrere Stellen in der Abteilung zu besetzen.

95. Die Abteilung nahm im Laufe des Jahres eine umfassende Selbstevaluierung auf Gebieten wie Laufbahnförderung, Qualitätssicherung bei Prüfungen und strategische Planung vor. Darüber hinaus führte sie ein Programm für die Anerkennung von Mitarbeitern ein und verlieh ihre ersten Preise an Mitarbeiter in Anerkennung ihrer überdurchschnittlichen Leistung und ihrer Beiträge zu den Zielen des

Das AIAD empfahl der Hauptabteilung Management, Maß-

103. Die Verwaltungsstellen stimmten den meisten Empfehlungen des AIAD zwar zu, waren jedoch der Auffassung, daß sich die Prüfung nur unzureichend mit bestimmten, ihre Rolle und ihr Zusammenwirken mit der zentralen Verwaltung betreffenden Schlüsselfragen auseinandergesetzt habe. Das AIAD bot daher an, eine Reihe von interaktiven Zusammenkünften zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen zu erleichtern.

*Wirtschaftskommission für Afrika*

104. Die Prüfung der Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) förderte eine Reihe von Mängeln in ihrem Buchhaltungssystem zutage, die zum Teil auf die Anwendung der Sun-Buchhaltungssoftware sowie darauf zurückzuführen waren, daß die Hauptbuchsalden vor der Umbuchung in das Sun-Buchungssystem nicht abgestimmt worden waren. Die Prüfung zeigte auch auf, daß die Abteilung Rechnungswesen am Amtssitz bei der Installation des Sun-Systems nicht genügend Unterstützung gewährt hatte, und es wurde empfohlen, eine unabhängige Bewertung der Funktionsweise des Systems vorzunehmen.

105. Die Prüfung ergab, daß 14 Stellen in den Verwaltungs-

unzureichende Werbe-, Preis- und Verkaufsstrategien, schlechte Schulung und die Tatsache, daß die neuesten Markt- und Branchenentwicklungen nicht nachvollzogen worden waren. Die Prüfung offenbarte darüber hinaus eine Reihe von Schwachstellen bei der internen Kontrolle und Probleme bei der Lagerung und Lagerhaltung, bei Rücksendungen und beim Einzug von Forderungen.

*Telekommunikationsdienste im Büro der Vereinten Nationen in Genf*

111. Die Prüfung ergab, daß die Telekommunikations-

lung Angelegenheiten der Generalversammlung und Konferenzdienste einen Plan auszuarbeiten, um die Nutzung der Konferenzzentren für große Tagungen und Konferenzen der Vereinten Nationen zu fördern.

*Büro der Vereinten Nationen in Nairobi*

116. Die Prüfung der Forderungskonten des Büros der Vereinten Nationen in Nairobi deckte verschiedene Buchungsfehler und andere Mängel auf, bei denen es um über 150 separate Konten mit einem Gesamtbetrag von 1,5 Millionen Dollar oder etwa 20 Prozent des Saldos von 7,6 Millionen Dollar per 31. Mai 1998 ging. Das AIAD stellte fest, daß der Saldo von 7,6 Millionen Dollar um 700.000 Dollar zu niedrig ausgewiesen worden war. Diesem Betrag gegenüber standen 11 Konten mit einem Gesamtbetrag von 300.000 Dollar; dieser Betrag stellte Zahlungen dar, die zwar eingegangen, jedoch nicht verbucht worden waren.

117. Die Anstrengungen des VN-Büros in Nairobi, diese Probleme zu beheben, wurden durch den großen Rückstand an nicht geprüften Forderungen, ein mangelhaftes Buchführungssystem, unzureichend ausgebildete Mitarbeiter sowie das Fehlen allgemeingültiger Verfahren und einer Nutzerdokumentation behindert. Auf die Empfehlungen des AIAD hin setzte das VN-Büro in Nairobi ein Team zur Überprüfung der mit den Forderungskonten zusammenhängenden



## 2. Bedeutsame Fälle

*Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten* (siehe Ziffer 61)

*Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen*

129. Die Sektion untersuchte die wichtige Frage der Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und dem Privatsektor im Kontext des weltweiten Wachstums des Internets und des zunehmenden Interesses am elektronischen Geschäftsverkehr. Die Ermittler deckten umfangreiche und nichtgenehmigte Aktionen zur Beschaffung von Mitteln und Ressourcen und nichtgenehmigte Geschäftsvereinbarungen mit Vertretern des Privatsektors auf. Die Untersuchung förderte auch zutage, daß Partnerschaftsvereinbarungen mit Vertretern des Privatsektors ausgehandelt und abgeschlossen worden waren, die angeblich im Interesse der Vereinten Nationen lagen, jedoch ohne jeglichen Wettbewerb oder Genehmigung seitens des UNCTAD-Managements. Die an das Management gerichteten Empfehlungen sollen diesen Mißständen ein Ende setzen.

130. Die von dem Fall im Zusammenhang mit dem elektronischen Geschäftsverkehr aufgeworfenen Probleme sind ein anschauliches Beispiel für die zunehmende Komplexität der internen Aufsichtsprobleme, denen sich die Vereinten Nationen gegenübersehen und bei denen mögliche Verstöße auf neuen Gebieten und in neuartigen Tätigkeitsbereichen vorkommen können.

**Die von dem Fall im Zusammenhang mit dem elektronischen Geschäftsverkehr aufgeworfenen Probleme sind ein anschauliches Beispiel für die zunehmende Komplexität der internen Aufsichtsprobleme, denen sich die Vereinten Nationen gegenübersehen und bei denen mögliche Verstöße auf neuen Gebieten und in neuartigen Tätigkeitsbereichen vorkommen können.**

*Internationales Gericht für das ehemalige Jugoslawien* (siehe Ziffer 69)

*Reisekostenbetrugsfall, Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina* (siehe die Ziffern 33 bis 37)

*Annahme von Gefälligkeiten durch einen Bediensteten der Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina* (siehe Ziffer 38)

*Betrugsanschuldigungen beim Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen* (siehe Ziffer 56)

### *Betrug bei Erziehungsbeihilfe und Familienzulage*

131. Aufgrund der Prüfung von Anträgen auf Gewährung einer Familienzulage und einer Erziehungsbeihilfe stellte die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze Unregelmäßigkeiten bei Anträgen fest, die zwei Bedienstete eingereicht hatten, und ersuchte das AIAD um eine gründliche Untersuchung dieser Angelegenheit. Bei dem Fall ging es um zwei Feldbedienstete – ein Ehepaar –, die fragwürdige Anträge auf Gewährung einer Erziehungsbeihilfe und Familienzulage eingereicht hatten. Beide Bediensteten hatten Familienzulagen für insgesamt sechs Kinder beantragt.

132. Mitarbeiter der Schulen, die die Kinder angeblich besucht hatten, bestätigten, daß die von den Bediensteten vorgelegten Dokumente, auf die sich die Organisation bei der Leistung der Zahlungen verlassen hatte, gefälschte Unterschriften, stark überhöhte Kostenangaben und gefälschte Schulstempel enthielten. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Schulen, die die Kinder überhaupt nicht besucht hatten. Während des Zeitraums von 1991 bis 1998 hatte das Ehepaar versucht, durch Betrug eine Summe von insgesamt 222.345 Dollar an sich zu bringen. Der Betrag, den es zu Unrecht ausgezahlt erhalten hatte, belief sich auf insgesamt 195.920 Dollar.

133. Der Ehemann schied im Frühstadium der Untersuchung selbst aus der Organisation aus und wurde daher keinen Disziplinarmaßnahmen unterworfen. Die Ehefrau wurde fristlos entlassen.

134. Das AIAD untersucht zur Zeit eine Reihe von Möglichkeiten, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen, um die betrügerisch erworbenen Mittel beizutreiben und die ehemaligen Bediensteten vor Gericht zu stellen.

### *Scheckbetrug bei der Wirtschaftskommission für Afrika*

135. 1997 waren zwei Bedienstete der Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) in die Fälschung von Schecks der Kommission und die betrügerische Aneignung von über 30.000 Dollar aus den Mitteln der Organisation verwickelt. Die Schecks wurden durch Einsetzen der Namen früherer Zahlungsempfänger gefälscht. Alle Zahlungsbelege für die gefälschten Schecks wurden entgegen den im Finanzhandbuch der Vereinten Nationen festgelegten Verfahren von einem der Bediensteten ohne Bestätigung des Feststellungsbefugten genehmigt. Nachdem beide Bediensteten die Schecks indossiert hatten, diskontierte einer die Schecks dem anderen Bediensteten gegen Barzahlung, der die gefälschten Schecks danach auf sein Bankkonto einzahlte. Entsprechende Abhilfemaßnahmen wurden empfohlen und angenommen.

### *Proaktive Untersuchung von beanspruchten Gefahrenzulagen*

136. Das in Nairobi ansässige Büro des AIAD untersuchte sechs Fälle möglichen Betrugs im Bereich Gefahrenzulagen.

Die Untersuchung offenbarte, daß die Verfahren für die Beantragung von Gefahrenzulagen ineffizient und umständlich waren. Außerdem wurde, obwohl die Bediensteten umfangreiche Belegdokumente für Anträge auf Gefahrenzulagen beibringen mußten, Betrug nicht verhindert. Das Büro der Vereinten Nationen in Nairobi hat sich damit einverstanden erklärt, die Empfehlungen des AIAD umzusetzen, und bemüht sich zur Zeit um die Genehmigung des New Yorker Amtssitzes zur Einführung neuer Verfahren. Aufgrund der Untersuchungen des AIAD versucht das Büro in Nairobi zur Zeit, die den Bediensteten aufgrund betrügerischer Anträge ausgezahlten Beträge zurückzuerhalten, und bemüht sich um eine Beilegung dieser Angelegenheit im Zuge des Disziplinarprozesses der Vereinten Nationen.

137. Die Sektion Disziplinaruntersuchungen wurde vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) gebeten, Unregelmäßigkeiten im Beschaffungswesen zu untersuchen, die die Innenrevisoren des UNDP bei Auszahlungen aus der Rücklage für Wohnungen und Räumlichkeiten im Feld für ein Bauprogramm in Höhe von 50 Millionen Dollar festgestellt hatten. Die Ermittler führten ausgedehnte Untersuchungen vor Ort durch und fanden weitere Beweise dafür, daß der Hauptberater und ein für das Programm verantwortlicher Bediensteter des UNDP betrügerisch gehandelt hatten. Die der Organisation durch diesen Betrug entstandenen Verluste belaufen sich nach vorsichtigen Schätzungen auf etwa 2 Millionen Dollar. Aufgrund dieser Untersuchung unterstützte der UNDP-Administrator uneingeschränkt die Empfehlung, den Fall an die zuständigen Behörden der Vereinigten Staaten zu verweisen. Außerdem wurde der involvierte UNDP-Bedienstete entlassen. Die US-Behörden haben inzwischen Anklage erhoben, und der ehemalige Bedienstete wurde inhaftiert. Die Bemühungen um die Auslieferung des Beraters waren erfolglos. In Zusammenarbeit mit dem UNDP und dem Bereich Rechtsangelegenheiten war die Sektion den Behörden der Vereinigten Staaten behilflich und verfolgt zur Zeit Möglichkeiten zur Beitreibung der verlorenen Mittel. Der Fall ist noch anhängig.

## C. Inspektionen

### 1. Neue Inspektionen

#### *Gemeinsame Dienste der Vereinten Nationen*

138. Die Ausweitung und Stärkung der gemeinsamen Dienste war eine der acht Strategien zur Verwirklichung der neuen Managementvision, die der Generalsekretär in seinem Reformprogramm (A/51/950) vorgezeichnet hat. Der Generalsekretär ersuchte konkret um eine Überprüfung der großen Unterstützungsdienste mit dem Ziel, die bestehenden gemeinsamen Dienste zu stärken und die Zusammenlegung von Dienstleistungen dort zu fördern, wo man sich davon größere Wirksamkeit und Effizienz verspricht. Ziel ist dabei, sicherzustellen, daß die Unterstützungsdienste kostenwirk-

sam arbeiten, fristgemäß qualitativ hochwertige Dienste erbringen und ihre Klienten voll zufriedenstellen.

139. Das AIAD führte am Amtssitz und in den Büros der Vereinten Nationen in Genf und in Wien Inspektionen durch, um zu prüfen, inwieweit bei der Stärkung der gemeinsamen Dienste in den im Bericht des Generalsekretärs

keit der gemeinsamen Dienste in New York liefern soll. Es steht zu erwarten, daß durch diesen Prozeß sowohl die Tätigkeit der gemeinsamen Dienste als auch die zentralen Dienstleistungsfunktionen gestärkt werden. Dabei bedarf es der ständigen Mitwirkung und Unterstützung seitens der höchsten Führungsebenen aller an diesen gemeinsamen Diensten beteiligten Organisationen. Der Bericht des AIAD unterstreicht, wie wichtig es ist, die Büros der Vereinten Nationen in Genf und in Wien in die Gesamtdurchführungsstrategie einzubinden und die anderen Dienstorte außerhalb des Amtssitzes über die dabei gewonnenen Aufschlüsse und die in diesem Zusammenhang ermittelten besten Verfahrensweisen zu informieren.

141. Es wird empfohlen, daß die Hauptabteilung Management die Delegation von Befugnissen an die Programmleiter und die Dezentralisierung der Überwachungs- und grund-satzpolitischen Funktionen hin zu den Büros der Vereinten Nationen in Genf und in Wien, beides entscheidende Faktoren für die Steigerung der Effizienz und Pünktlichkeit der Unterstützungsdienste, dringend in Angriff nimmt.

142. In dem Bericht werden Empfehlungen abgegeben, wie die zentralen Unterstützungsdienste gestärkt und einige Hindernisse bei der Ausweitung der gemeinsamen Dienste ausgeräumt werden können, namentlich abweichende Aufträge seitens der zwischenstaatlichen Organe der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, das im System vorherrschende Ressortdenken, das mangelnde Vertrauen der Organisationen darin, daß die Interessen einer Organisation von den anderen gleichberechtigt geschützt werden, sowie der Mangel an Interaktion und Kommunikation der Organisationsleiter. Der Arbeitsstab für gemeinsame Dienste hat einen kooperativen Ansatz gefördert, der bei den Vereinten Nationen und den an diesen Diensten beteiligten Stellen in New York größere Offenheit in der Frage der gemeinsamen Dienste bewirkt hat. Ebenso wichtig ist, daß eine erfolgreiche Ausweitung der gemeinsamen Dienste und die Stärkung der Unterstützungsdienste es erfordern, daß die einzelnen Bediensteten und Programmleiter aller Sektoren der Organisation die erforderlichen Initiativen ergreifen und Risiken tragen, um einen Wandel herbeizuführen. Wenn das Konzept der gemeinsamen Dienste im System der Vereinten Nationen Realität werden soll, müssen schließlich auch die Mitgliedstaaten ihr Eintreten für die Kostenwirksamkeit des

Systems verstärken, indem sie in den zwischenstaatlichen Mechanismen jeder Organisation einheitliche Positionen vertreten.

## 2. Laufende Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen

### *Internationales Handelszentrum*

143. Das Internationale Handelszentrum hatte per 31. Dezember 1998 alle 14 Empfehlungen des AIAD umgesetzt, die in dem im Juni 1997 erschienenen Bericht über die Inspektionsprüfung (A/53/933) enthalten sind. Zu den umgesetzten Empfehlungen gehört die klare Benennung der funktionellen Verantwortung, der Befugnisse und der Rechenschaftspflicht der Programmleiter in den offiziell herausgegebenen Richtlinien über die Delegation von Befugnissen. Mit der Welthandelsorganisation (WTO) und der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) werden gemeinsame Evaluierungsarbeiten unternommen.

### *Abteilung Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege*

144. Die Abteilung Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege hat die notwendigen Schritte zur Umsetzung der im Januar 1998 ausgesprochenen Empfehlungen unternommen. 11 der 15 ausgesprochenen Empfehlungen wurden bereits umgesetzt; die Umsetzung der verbleibenden vier ist noch

führung überwachen, wobei die Standardverfahren zur Berichterstattung eingehalten werden.

147. Bei der Neugliederung der Abteilung Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege wurde die Notwendigkeit einer Konzentration auf die Schwerpunktbereiche berücksichtigt, darunter die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption, die Verstärkung der technischen Zusammenarbeit, die Analyse und der Betreuungsbedarf bei

Austausches von Erfahrungen und Fachkenntnissen, der Kapazitätsaufbau und das Eintreten für eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung gehören. In Anbetracht der Vielfalt, die auch in dem Aufsichtsorgan der Kommission zum Ausdruck kommt, ist Wandel jedoch weder leicht noch schnell herbeizuführen.

156. Das Sekretariat der Kommission muß seine interne horizontale Kommunikation verstärken; am Amtssitz in New York muß verstärkt daran gearbeitet werden, gegen den bei der ESCAP wie auch bei anderen Regionalkommissionen entstandenen Eindruck anzugehen, ihre Beiträge zu den Vereinten Nationen würden nicht angemessen gewürdigt.

#### **D. Überwachung**

157. Nachdem der Programm- und Koordinierungsausschuß auf seiner achtunddreißigsten Tagung auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, in den Programmvollzugsberichten künftig stärkeres Gewicht auf die qualitative Analyse zu legen, erstellte die Gruppe Zentrale Überwachung und Inspektion einen Bericht mit dem Titel "Möglichkeiten zur Gewährleistung der vollständigen Durchführung und der Qualität Tw344et( d)8(evo)heunen

Abrüstungsmechanismen (des Ersten Ausschusses der Generalversammlung, der Abrüstungskommission, der Abrüstungskonferenz und der Überprüfungskonferenzen), bei der Durchführung der Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung und bei der Gewährung beantragter Hilfe für die Parteien der multilateralen Abrüstungsübereinkommen aufzuweisen hat. Es zeigte sich, daß die Delegationen mit der Unterstützung der multilateralen Organe durch das Sekretariat der Hauptabteilung Abrüstungsfragen im allgemeinen zufrieden waren. Schwierigkeiten bestanden hauptsächlich im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit technischer Informationen, den Tätigkeiten der Regionalzentren, dem Abrüstungsinformationsprogramm der Vereinten Nationen, der Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen und dem Aufbau von Kontakten zu den Sonderorganisationen sowie zu Forschungsinstituten und nichtstaatlichen Institutionen gemäß dem Auftrag im Schlußdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung. Die Schwierigkeiten standen zum Teil im Zusammenhang mit dem Rückgang der für das Programm seit 1992 veranschlagten Mittel, der bei den außerplanmäßigen Ressourcen besonders drastisch war. Gleichzeitig sind die auf der zehnten Sondertagung der Generalversammlung vereinbarten Prioritäten nach wie vor dringlich, und zusätzliche Aufgaben sind hinzugekommen. Der Programm- und Koordinierungsausschuß ist bezüglich der Empfehlungen in der eingehenden Evaluierung (A/54/16, Ziffern 495-497) tätig geworden.

#### *Eingehende Evaluierung des Wahlhilfeprogramms*

163. In dem Evaluierungsbericht wurden die Leistungen und die Schwachstellen des Wahlhilfeprogramms der Vereinten Nationen im Zeitraum von 1992 bis 1998 dargestellt. Dabei

dien, beispielsweise den Hörfunk, sowie die neuen Medien aktiver ein. Darüber hinaus wird derzeit ein wirksameres System zur Nachrichtengewinnung und -übermittlung entwickelt. Die erzielten Fortschritte sind jedoch unterschiedlich, und die Ergebnisse der 1997 und 1998 im Anschluß an die Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit der Vereinten Nationen ergriffenen Maßnahmen müssen zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden. Der Programm- und Koordinierungsausschuß lobte den Bericht sowie die Überwachungs- und Weiterverfolgungsmaßnahmen des Amtes für interne Aufsichtsdienste, die in seine Erstellung einfließen (A/54/16, Ziffer 525), und wurde bezüglich der Berichtsempfehlungen tätig (ebd., Ziffern 527 und 528).

166. Zur dreijährlichen Überprüfung der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze siehe die Ziffern 30 und 31.

#### *Zeitplan der eingehenden Evaluierungen*

167. Die Generalversammlung billigte auf Empfehlung des Programm- und Koordinierungsausschusses den folgenden Zeitplan für die eingehenden Evaluierungen:

2000	Globale Entwicklungstendenzen, -fragen und -politiken, globale Ansätze zu sozialen und mikroökonomischen Fragen und Politiken sowie die entsprechenden Unterprogramme in den Regionalkommissionen Frauenförderung
2001	Grundsatzpolitische Koordinierung und nachhaltige Entwicklung Bevölkerung

## **Anhang I**

---

### **Bedeutsame Empfehlungen in Berichten des Amtes für interne Aufsichtsdienste, zu denen die Abhilfemaßnahmen noch nicht abgeschlossen sind**

In Ziffer 28 d) des Dokuments ST/SGB/273 vom 7. September 1994 wird das Amt für interne Aufsichtsdienste (AIAD) ersucht, in seinen Jahresbericht einen Hinweis auf jede bedeutsame Empfehlung in früheren Berichten aufzunehmen, zu

<i>Aufsichtsfunktion</i>	<i>Adressat/Gegenstand/ Bezugsstellen in früheren Jahresberichten</i>	<i>Umsetzungsstand</i>
Disziplinaruntersuchung	Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze A/53/428, Ziffern 68-70	Empfehlungen zur Verbesserung der Effizienz, der Rechenschaftslegung und des Fachwissens auf dem Gebiet der Planung der Beschaffung von Lufttransportdiensten bei Friedenssicherungsmissionen werden derzeit überprüft.
Disziplinaruntersuchung	Internationales Strafgericht für Ruanda A/53/428, Ziffern 72-74	Die Empfehlung, die Finanzkontrollen und die Rechenschaftspflicht bei der Tätigkeit des Gerichts zu verbessern, wurde nicht vollständig umgesetzt.
Evaluierung		

## **Anhang II**

---

### **Berichte des Amtes für interne Aufsichtsdienste im Zeitraum vom 1. Juli 1998 bis zum 30. Juni 1999**

#### **A. Berichte an die Generalversammlung**

Untersuchung von Behauptungen über die unzureichende Heranziehung von Experten bei der Planung der Beschaffung von Lufttransportdiensten für Friedenssicherungsmissionen (A/52/1010)

Prüfung kommerzieller Versicherungsprogramme (A/52/1020)

Prüfung der Krankenversicherungsprogramme der Vereinten Nationen (A/53/467)

Prüfung der Beschäftigung von Ruhestandsbediensteten (A/53/642)

### C. Prüfungsberichte (Hauptabteilung/Gegenstand der Prüfung)

Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten	<p>Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (INSTRAW)</p> <p>Von der Hauptabteilung Unterstützungs- und Führungsdienste für die Entwicklung und der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten in Saudi-Arabien durchgeführte Projekte für technische Zusammenarbeit</p>
Hauptabteilung Management	<p>Sicherheitsdienste des Managements der lokalen Rechnernetze der Vereinten Nationen</p> <p>Telefonsystem am Amtssitz</p> <p>Managementprüfung der Verwaltungsstellen</p> <p>Transportdienste</p> <p>Zahlungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses</p> <p>Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen bei Klienten außerhalb des Amtssitzes</p>
Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze	<p>Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (UNIFIL)</p> <p>Zentraler Unterstützungsdienst der Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina (UNMIBH)</p> <p>Freiwilliger Treuhandfonds zur Unterstützung bei der Minenräumung</p> <p>Liquidation der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES) und Übergang zu der Polizeiunterstützungsgruppe der Vereinten Nationen (UNPSG)</p> <p>Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi (Italien)</p> <p>Managementprüfung der Feldbediensteten der Vereinten Nationen</p> <p>Überzahlungen der Unterhaltszulage für Feldmissionen bei der Beobachtermission der Vereinten Nationen für Irak und Kuwait (UNIKOM)</p> <p>Verwaltung von Verpflegungs- und Dienstleistungsverträgen</p> <p>Durch örtliche Rechnungsprüfer vorgenommene Prüfung der frühzeitigen Rückführung von Überwachern der Internationalen Polizeieinsatztruppe</p> <p>Prüfung der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Angola (MONUA) vor ihrer Liquidation</p> <p>Liquidation der Präventiveinsatztruppe der Vereinten Nationen (UNPREDEP)</p>

Büro des Koordinators der Vereinten Nationen für humanitäre Maßnahmen in Irak

Bericht des örtlichen AIAD-Prüfers (Juni-Juli 1998) über die Tätigkeit des Büros des Koordinators der Vereinten Nationen für humanitäre Maßnahmen in Irak (UNOCHI)

Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen	<p>Regionalbüro für Afrika des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen</p> <p>Büro für interne Aufsichtsdienste in Fukuoka, Büro in Rio de Janeiro</p>
Entschädigungskommission der Vereinten Nationen	<p>Personalverwaltung bei der Entschädigungskommission der Vereinten Nationen</p> <p>Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen der Entschädigungskommission der Vereinten Nationen</p>
Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen	<p>Haushalts- und Finanzkontrollen bei der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen</p> <p>Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen</p>
Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung	<p>Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen bei dem Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung</p>
Umweltprogramm der Vereinten Nationen	<p>Regionalbüro für Lateinamerika und die Karibik</p> <p>Sekretariat des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten</p> <p>Koordinierungseinheit für den Mittelmeeraktionsplan</p> <p>Regionalbüro für Asien und den Pazifik</p> <p>Regionale Koordinierungseinheit für die ostasiatischen Meere</p> <p>Sekretariat des Basler Übereinkommens</p> <p>Reisespesenabrechnung</p> <p>Regionalbüro für Westasien</p>
Büro der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung	<p>Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen auf den Niederländischen Antillen</p> <p>Produkte des Programms der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle für den Zweijahreszeitraum 1996-1997</p> <p>Projekte des Programms der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle AD/RAS/95B36 (Unterstützung des Subregionalen Aktionsplans für 1995-1998) und AD/RAS/95/968 (Verminderung der unerlaubten Suchstoffe und der kontrollierten Chemikalien in Yunnan)</p> <p>Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen des Programms der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle</p>

Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen des Sekretariats des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung	Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen des Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung
Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen	Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen
Büro der Vereinten Nationen in Genf	Fünf Fälle der Rekrutierung, der Stellenbesetzung und der Beförderung im Allgemeinen Dienst im Büro der Vereinten Nationen in Genf
	Telekommunikationsdienste im Büro der Vereinten Nationen in Genf
	Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen des Büros der Vereinten Nationen in Genf
Büro der Vereinten Nationen in Nairobi	Forderungsbestand des Büros der Vereinten Nationen in Nairobi
	Planung und Einsatz der Informationstechnik im Büro der Vereinten Nationen in Nairobi
	Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen des Büros der Vereinten Nationen in Nairobi
Büro der Vereinten Nationen in Wien	Internationaler wissenschaftlicher und fachlicher Beirat des Programms der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und der Strafrechtspflege
	Zentrum für internationale Verbrechensverhütung
	Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen des Büros der Vereinten Nationen in Wien
Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung	Stand der Jahr-2000-Vorsorgemaßnahmen des Forschungsinstituts der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung
Universität der Vereinten Nationen	Stand der mit dem Jahr 2000 zusammenhängenden Tätigkeiten der Universität der Vereinten Nationen

#### **D. Disziplinaruntersuchungsberichte (Hauptabteilung/Disziplinaruntersuchung/Gegenstand)**

Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze	Betrügerische Anträge auf Erziehungsbeihilfe (mehrfache Berichte)
	Dienstvergehen
	Verschiffung persönlicher Gegenstände

Bereich Personalwesen und -management	Dienstvergehen
Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten	Betrügerische Anträge auf Erziehungsbeihilfe Einstellungspraktiken
Bereich Zentrale Unterstützungsdienste	Fälschung
Wirtschaftskommission für Afrika	Scheckbetrug
Büro der Vereinten Nationen in Nairobi	Unrichtige Anträge auf Gefahrenzulage (mehrfache Berichte) Bearbeitung von Ruhegehältern
Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen	Dienstvergehen Bestechung
Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle	Unterschlagung
Büro der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung	Dienstvergehen
Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten	Behauptete Korruption